

Haushaltsrede 2026

Begrüßung und Einleitung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

ein Haushalt ist kein Wunschzettel.

Und er ist auch keine Sammlung wohlmeinender Einzelmaßnahmen.

Gerade unter den finanziellen Rahmenbedingungen, unter denen wir diesen Haushalt beraten, ist ein Haushalt vor allem eines:

eine Prioritätenliste unter Zwang.

Zwang heißt dabei nicht politische Unfreiheit, sondern finanzielle Realität.

Wir können nicht alles gleichzeitig machen – wir müssen entscheiden, was jetzt Vorrang hat, was warten muss und was wir uns derzeit schlicht nicht leisten können.

Einordnung in die Haushaltsdebatte

Wir haben diesen Haushalt intensiv im Finanzausschuss beraten. Dort sind unterschiedliche Bewertungen deutlich geworden – auch kritische.

Für uns ist dabei entscheidend:

Ein früher, genehmigungsfähiger Haushalt ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung dafür, dass unsere Stadt jederzeit handlungsfähig bleibt.

Und genau an diesem Punkt setzt unsere Bewertung des aktuellen Haushaltentwurfes an.

**Verwaltungshaushalt:
Fakten anerkennen,
bevor man
konsolidiert**

In der Debatte wird immer wieder gesagt, wir hätten vor allem ein Ausgabenproblem im Verwaltungshaushalt.

Diese Aussage ist nicht falsch – **aber sie greift zu kurz.**

Die Entwicklung der Verwaltungsausgaben hat klare und vielfach benannte Ursachen, die auch im FWD mehrfach erläutert wurden:

- tariflich vereinbarte Personalkostensteigerungen,
- eine über Jahre anhaltend hohe Inflation,
- zusätzliche gesetzliche Pflichtaufgaben, etwa in der Schüler- und Ganztagsbetreuung, die Räume, Personal und laufende Mittel erfordern,
- und steigende Zinsbelastungen, die systembedingt direkt den Verwaltungshaushalt betreffen, während die Tilgung im Vermögenshaushalt erfolgt.

Wichtig ist dabei:

Steigende Pflichtaufgaben sind kein Ebersberger Alleinproblem, sondern ein strukturelles Problem der Kommunen allgemein.

Sie betreffen Kommunen bundesweit – und werden von den kommunalen Spitzenverbänden seit Jahren klar benannt.

Wer diese Fakten nicht akzeptiert, kann zwar kürzen – aber nicht konsolidieren.

Und wir müssen uns an dieser Stelle politisch ehrlich machen: Nur wenn wir uns über diese Ausgangslage einig sind, können wir überhaupt seriös über Konsolidierung sprechen.

**Konsolidierung:
notwendig – aber
ehrlich und zahlen-
basiert**

Ja, wir müssen konsolidieren. Und ja, das wird an der einen oder anderen Stelle auch schmerzhaft sein.

Aber Konsolidierung funktioniert nicht pauschal. Und sie funktioniert nicht über reine Symboldebatten.

Konsolidierung ohne Zahlen ist keine Konsolidierung.

Wenn wir ernsthaft konsolidieren wollen, brauchen wir:

- Vergleichszahlen mit ähnlichen Kommunen,
- Benchmarks – etwa bei Sport-, Vereins- und Kulturförderung,
- und **Zielkorridore**, an denen wir uns orientieren.

Nicht dogmatisch, aber planbar und überprüfbar.

Nur so können wir einschätzen, welche Wirkung Konsolidierungsmaßnahmen tatsächlich haben – auf den Haushalt und auf unsere Stadtgesellschaft.

Warum wir diesem Haushalt bei aller Kritik dennoch zustimmen

Trotz einiger Kritik stimmen wir Grünen diesem Haushalt zu.

Dieser Haushalt enthält deutlich mehr konkrete Klimaschutzmaßnahmen als der letzte.

Maßnahmen, die:

- wirtschaftlich sinnvoll sind
- sich schnell amortisieren,
- und mittelfristig den Haushalt entlasten.

Gleichzeitig fehlt uns weiterhin eine aktualisierte, belastbare Planung, wie Ebersberg mit seinen Liegenschaften und dem Fuhrpark bis 2030 klimaneutral werden soll.

Trotzdem stimmen wir zu: Weil wir es für richtig halten, jetzt zu handeln, statt weiter Zeit zu verlieren.

Aus den letzten Jahren wissen wir: Ein spät verabschiedeter Haushalt kostet reale Zeit – Zeit, in der Maßnahmen nicht umgesetzt, Investitionen nicht angestoßen und Chancen verpasst werden.

Wir stimmen diesem Haushalt zu, nicht weil alles perfekt ist, sondern **damit es gleich zum Jahresbeginn losgeht.**

Mobilität und Verkehr: ein zentrales Defizit am HH2026

Was in diesem Haushalt jedoch deutlich zu kurz kommt, ist das Thema Mobilität und Verkehr – eines der großen Themen in Ebersberg.

Wir haben mit dem verabschiedeten integrierten Mobilitätskonzept klare Leitlinien.

Zudem haben wir Anliegen aus der Bürgerversammlung und klare Aufträge an den Stadtrat – etwa zum Thema Fahrradstraßen.

Immerhin haben wir einzelne kleine Maßnahmen wie die Kiss-and-Go-Zone/Schulstraßen bereits umgesetzt.

Enttäuschend ist es, dass sich davon im vorliegenden Haushaltsentwurf kaum etwas wiederfindet – nicht einmal in Form von Planungskosten.

Aber ein Haushalt ist eben kein Wunschzettel.

Dennoch erwarten wir, dass die Prämisse dieses Haushalts – nur das einzuplanen, was sicher kommt – nicht zum Argument wird, Dinge zu verschleppen.

Ergeben sich im Haushaltsjahr 2026 Handlungsspielräume, sollten diese auch genutzt werden – notfalls über einen Nachtragshaushalt.

Schulden – aber auch Substanz

Ja, wir haben hohe Schulden. Das ist nicht zu verschweigen.

Aber wir sollten auch über Substanz sprechen. Ebersberg hat in den letzten Jahren massiv investiert:

- in den Waldsportpark,
- ins Hallenbad,
- in Schulen und Bildungseinrichtungen.

Viele Kommunen stehen hier erst am Anfang – und vor enormen Kosten.

Wir haben einen großen Teil dieses Investitionsstaus bereits abgebaut.

Darauf können Bürgermeister, Stadt, Stadtrat und Verwaltung stolz sein – auch wenn diese Investitionen unsere heutige Schuldenlage mit beeinflusst haben.

Die Kameralistik ist da ein wenig ungerecht, denn sie bildet im Wesentlichen nur den Blick in die laufende Kasse ab – nicht den Wert der geschaffenen Infrastruktur. Viele Investitionen, die heute als Kosten erscheinen, sind Werte, die in einer Doppik sichtbar wären – etwa sanierte Hallenbäder oder der Waldsportpark.

Einnahmenseite nicht ausblenden

Bei aller notwendigen Konsolidierung dürfen wir eines nicht tun: **die Einnahmenseite ausblenden.**

Wir haben – als Stadtrat – bei der Grundsteuer mehrheitlich bewusst so geplant, dass die Einnahmen nach der Reform in etwa auf dem bisherigen Niveau bleiben – **ohne Inflationsausgleich und ohne zusätzliche Spielräume.**

Das war eine politische Entscheidung, die wir GRÜNE gerne anders gestaltet hätten. Damit haben wir ein legitimes Instrument kommunaler Finanzierung nicht ausgeschöpft, obwohl Kommunen genau hier verfassungsrechtlich verankerte Handlungsspielräume haben.

Warnung vor trügerischer Sicherheit

Ja, wir haben zuletzt genehmigungsfähige Haushalte aufgestellt – wie auch dieses Mal.

Ja, wir hatten auch Glück – etwa durch unerwartete Steuernachzahlungen.

Aber dieses Glück darf uns nicht täuschen.

Die Entwicklung, insbesondere bei den Gewerbesteuereinnahmen, zeigt eher nach unten als nach oben. Darauf hat uns unser Kämmerer immer wieder und so auch heute wieder hingewiesen.

Deshalb müssen wir jetzt konsolidieren. Strukturell. Ehrlich. Und mit Prioritäten.

Abschluss

Vernünftiges Konsolidieren bedeutet nicht kaputtsparen.

Klimaschutz ist kein Luxus – Klimaschutz ist Menschenschutz – und zudem wirtschaftlich sinnvoll.

Und Demokratie bedeutet nicht Blockade, sondern Verantwortung.

In Zeiten finanziellen Drucks wird sich kein Haushalt finden, in dem sich alle Fraktionen zu hundert Prozent wiederfinden.

Wir GRÜNE stehen dennoch zu diesem Haushalt.

Weil Verantwortung heißt, Entscheidungen möglich zu machen – auch dann, wenn sie Kompromisse erfordern.

Vielen Dank